

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1891

6.3.1891 (No. 64)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 6. März.

№ 64.

Expedition: Karl-Friedrichs-Str. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Selber frei.

1891.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 5. März.

Die Präsidentenwahl in der italienischen Deputirtenkammer hat sich nicht, wie es anfangs den Anschein hatte, zu einer entscheidenden Abstimmung gestaltet; vielmehr vollzog sich die Wiederwahl des bisherigen Präsidenten Biancheri ohne Widerspruch. Darnach war die nächste Gelegenheit zu einer Abstimmung, aus welcher man sich ein Urtheil über die Mehrheitsverhältnisse in der Kammer bilden könnte, die Wahl der Budgetkommission. Vorgestern fand die Wahl von neun neuen Mitgliedern in die Generalcommission für das Budget statt. Endgiltig wurde nur einer von den Kandidaten gewählt; es sind somit acht Stichwahlen erforderlich. Indessen läßt das bei den Wahlen zu Tage getretene Stimmenverhältniß doch eine annähernde Schätzung der Mehrheit zu, über welche das Cabinet Rudini in der Kammer verfügt, und die italienischen Blätter beziffern diese Mehrheit auf 30 bis 35 Stimmen. Namentlich infolge der regierungsfreundlichen Stellungnahme der piemontesischen Abgeordneten erscheint die Stellung des Ministeriums befestigt. Crispi verfügt, nach einer römischen Meldung, nur über 130 Anhänger in der Kammer. Es hängt wohl mit der aus den vorgestrigen Wahlen hervorgegangenen Klarstellung der Mehrheitsverhältnisse in der Kammer zusammen, daß Crispi, wie heute aus Rom berichtet wird, seine Interpellation über die auswärtige Politik des Ministeriums Rudini verschoben hat. Eine solche Interpellation ist übrigens von anderer Seite eingebracht worden. Dieselbe kam gestern zur Verathung. Ein Telegramm besagt darüber: In der Deputirtenkammer wurde die Interpellation des Abg. Ferraris Lucifero vom Ministerpräsidenten dahin beantwortet, er werde an der bisherigen Politik der Regierung festhalten und den Dreibund weder schwächen noch lösen. Er bedauere, daß in dieser Richtung Zweifel überhaupt aufgetaucht seien. Daß ein Zwiespalt in den Beziehungen Italiens zu Frankreich entstanden sei, sei unwar; der Dreibund sei kein Werkzeug des Krieges. Ferner erklärte Rudini, die Regierung werde das Gleichgewicht im Mittelmeer aufrecht halten. Frankreich habe in loyalster Weise Maßregeln getroffen, um der Wiederkehr ähnlicher Ereignisse, wie der in Tripolis geschehenen, vorzubeugen. Die russische Expedition nach Abyssinien, die von der St. Petersburger Geographischen Gesellschaft organisiert wurde, bestehe aus vier Personen und verfolge rein wissenschaftliche Zwecke. Die vornehmste Aufgabe der Regierung sei es, finanzielle Ersparnisse zu erzielen. Die auswärtige Politik Italiens werde auch künftig bestrebt sein, den Frieden in Europa und die Sicherung des Erworbenen in Afrika aufrecht zu erhalten.

In Canada finden heute die Neuwahlen zum Unterhause statt. Es ist denkwürdig bekanntlich ein überaus heftiger Wahlkampf zwischen den „Konservativen“ und den „Liberalen“, d. h. zwischen den Anhängern des Premierministers Sir J. Macdonald und der Opposition vorgegangen. Macdonald selbst nahm an diesem Kampfe so thätigen Antheil, daß er infolge von Ueberanstrengung krank geworden ist. Die Leidenschaftlichkeit des Parteikampfes wurde, wie wir wiederholt berichtet haben, namentlich dadurch herbeigeführt, daß die ministerielle Partei ihren Gegnern vorwarf, sie arbeiteten auf den Anschluß Canada's an die Vereinigten Staaten von Nordamerika hin. Auf „liberaler“ Seite ließ man es noch in den letzten Tagen vor der Wahl nicht an energischen Protesten gegen diesen Vorwurf fehlen. Einer der Führer der Opposition, Sir Richard Cartwright, vertheidigte sich neulich in Toronto gegen die Beschuldigung, er habe sich eines Komplotts schuldig gemacht, Canada an die Vereinigten Staaten zu verkaufen. Das Gerücht sei auf folgende Weise entstanden: Vor etwa einem Jahre sei er Gast der New-Yorker Handelskammer gewesen. Auf dem ihm zu Ehren gegebenen Festmahle habe er sich über die Vortheile auf Gegenseitigkeit begründeter Handelsbeziehungen verbreitet, ausdrücklich habe er aber betont, daß das canadische Volk, so sehr es die Wohlthaten dieses Systems einsehe, niemals seine politische Freiheit wegen kommerzieller Vortheile opfern würde. Damals wie jetzt habe er der Ansicht gehuldigt, daß der größte Dienst, welchen Canada dem britischen Reiche erweisen könne, darin bestünde, enge Beziehungen mit den Vereinigten Staaten zu unterhalten; daraus werde ein freundschaftliches Bündniß zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten erwachsen. In Washington habe er damals diese Ansicht, einer Einladung des Kongreßabgeordneten Butterworth folgend, im Beisein mehrerer Senatoren, u. A. des Senators Sherman, wiederholt. Die anwesenden amerikanischen Staatsmänner hätten ein-

müthig erklärt, daß die Vereinigten Staaten ein derartiges Entgegenkommen Canada's freundlich aufnehmen würden. Das sei Alles, was seinen sogenannten Hochverrath begründe. Nach den Äußerungen Macdonalds und seiner Freunde ist die Sache indessen nicht so harmlos. Das canadische Unterhaus zählt 215 Mitglieder und das aufgelöste Haus bestand aus 132 Ministeriellen und 83 Liberalen. Daß die Liberalen einen Machtzuwachs erhalten werden, gilt allgemein für sicher. Eine angefertigte Wahrscheinlichkeitsrechnung gelangte zu dem Ergebnisse, daß aus der Wahl 112 Konservative und 103 Liberale hervorgehen würden. Das wäre allerdings eine winzige Majorität für Sir J. Macdonald.

Deutschland.

* Berlin, 4. März. Seine Majestät der Kaiser arbeitete heute mit dem Chef des Civilkabinetts, Geheimen Rath v. Lucanus, empfing den Erbprinzen des Fürstenthums Essen, Kammerherrn Freiherrn v. Vietinghoff-Scheel, und eine Deputation des Ausschusses zur Förderung des Rhein-Weser-Elbe-Kanals in Audienz.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht das Gesetz über die Vereinigung Helgolands mit Preußen.

Das Kreuzergeschwader, bestehend aus S. M. Schiffen „Leipzig“, „Alexandrine“ und „Sophie“, sowie das Kanonenboot „Wolf“, beabsichtigen morgen von Hongkong nach Mirsabay, S. M. Kanonenboot „Iltis“ heute von Tientsin nach Chefoo in See zu gehen.

Dem Bundesrath ist eine im Reich Eisenbahnamt ausgearbeitete Denkschrift, betreffend Ergänzung und Abänderung der Bestimmungen im § 48 des Betriebsreglements für die Eisenbahnen Deutschlands, vorgelegt worden. Es handelt sich dabei um die Beförderung von Salon- und Paraffinstreichhölzern, worüber preussische und sächsische technische Deputationen zu Gutachten veranlaßt worden waren. Das Reichs-Eisenbahnamt hat sich dafür ausgesprochen, daß die in Bezug auf die Verpackung jener Hölzer zu stellenden Anforderungen auf dasjenige Maß beschränkt bleiben, welches die Betriebssicherheit unbedingt erfordert, und daß nicht ohne zwingende Gründe Anordnungen getroffen werden, welche die Beförderung des Artikels in hohem Grade erschweren würden, und demgemäß beantragt, beim Bundesrath eine entsprechende Aenderung des § 48 des Betriebsreglements sammt Anlage befürwortet.

Im Reichstage denkt man die zweite Lesung des Etats spätestens Ende dieser Woche zum Abschluß zu bringen. Alsdann sollen einige kleinere Gegenstände erledigt und darauf die dritte Lesung des Etats vorgenommen werden. Von dem Verlaufe derselben wird es abhängen, ob es lohnend erscheint, vor den Osterferien die Verathung der Gewerbeordnungsnovelle noch einmal aufzunehmen, da an einen Abschluß der zweiten Lesung vor Ostern wohl nicht zu denken ist.

Der vom Abg. Goldschmidt erstattete Bericht der Reichstagskommission zur Vorberathung des Gesetzes betreffend die Abänderung des Patentgesetzes ist zur Vertheilung gelangt.

Das amtlich ermittelte Resultat der am 28. Februar stattgehabten Reichstagswahlen im 2. Wahlkreise Saalfeld-Sonneberg ist folgendes. Es entfielen von den abgegebenen 16 404 Stimmen auf den Senator Dr. Friedrich Witte aus Rostock (Dfr.) 8 754 Stimmen. Derselbe ist somit gewählt. Gegenkandidat war der Schneidermeister Paul Reiffhaus (Soz.) aus Erfurt.

Bekanntlich ist im Reichstagswahlkreise Marienwerder, dessen Mandat durch die Ernennung des früheren Oberbürgermeisters Müller zum Syndikus der Reichsbank erledigt ist, von einem großen Theil der deutschen Wähler die Kandidatur des Staatsministers a. D. Hobrecht in Aussicht genommen. Von anderer Seite ward bisher die Wiederanstellung des Herrn Müller empfohlen. Wie die „Post“ berichtet, hat derselbe jetzt die Annahme der Kandidatur mit Rücksicht auf seine Amtsgeschäfte abgelehnt. Es ist zu hoffen, so bemerkt die „Nationalzeitung“, daß nun alle deutschen Wähler des Wahlkreises ihre Stimmen auf Herrn Hobrecht vereinigen, da beim Auseinandergehen der Deutschen der Sieg des polnischen Kandidaten unvermeidlich wäre.

Am Neubau des Reichstagsgebäudes sind jetzt die Arbeiten in vollem Umfange wieder aufgenommen worden, nachdem sie nicht bloß während der Frostperiode hatten unterbrochen werden müssen, sondern auch noch nach dieser geruht hatten, weil die nach Hunderten zählenden Arbeiter in den Steinbrüchen in Schlesien, Sachsen und dem Rhein das erforderliche Material nicht hatten zu Tage fördern können. Das Schwergewicht der Thätigkeit ruht jetzt im Innern des Baues, nachdem der Rohbau bis auf die einzelnen Stellen vorbehaltenen Sandsteinbekleidung fertiggestellt ist. Für die hohe, gewaltige Kuppel,

welche den Bau weithin überragt, ist die Eisenkonstruktion, mit deren Aufbringung die Eisengewerkschaft „Cyclop“ betraut war, vollendet.

Das Abgeordnetenhaus setzte heute die Verathung des Einkommensteuergesetzes fort. In namentlicher Abstimmung wurde der Antrag v. Jagow mit 184 gegen 160 Stimmen angenommen; nach demselben sind die Aktienzinsen und die Dividenden nach Abzug von 3/4 Prozent des eingezahlten Aktienkapitals steuerpflichtig. Bezüglich der Aufhebung der Privilegien der Reichsunmittelbaren erklärte der Finanzminister, die Regierung halte sich für verpflichtet, so bald als möglich eine entsprechende Vorlage, verbunden mit der Entschädigungsfrage, einzubringen. Das Haus beschloß noch, die Pensionen u. v. Kriegsinvaliden steuerfrei zu lassen.

Während die französische Regierung beschloß, die Einladung zur offiziellen Beteiligung an der Weltausstellung in Chicago anzunehmen, nachdem die Vereinigten Staaten von Nordamerika sich auch ihrerseits an der Pariser Ausstellung beteiligten, hat die deutsche Regierung ihre Entscheidung bekanntlich von der Stellungnahme der deutschen Industrie zu dem Ausstellungsprojekte abhängig gemacht. Einstweilen liegt das vom Aeltestenkollegium der Berliner Kaufmannschaft erstattete Gutachten vor. Das Aeltestenkollegium spricht sich für die Beteiligung an der Ausstellung in Chicago im Jahre 1893 aus. Es beschloß, den preussischen Handelsminister zu bitten, auf die Ernennung eines Reichskommissars und auf Erleichterungen bezüglich der Frachten u. hinzuwirken.

Dem „Reichsanzeiger“ zufolge ergaben die polizeilichen Erhebungen, die über den Umfang der Arbeitslosigkeit in Berlin angestellt worden sind, als die höchste Ziffer der Arbeitslosen während dieses Winters 20 000. Diese beschäftigungslosen Leute waren überwiegend Bauhandwerker oder Arbeiter, deren Beschäftigung mit der Bauhätigkeit zusammenhängt. Die Zahl ist etwa um ein Drittel höher als in der entsprechenden Jahreszeit früherer Jahre. Der Grund für die vermehrte Arbeitslosigkeit liegt vorzugsweise in den diesjährigen Witterungsverhältnissen, dann in dem Zugung fremder Arbeiter, endlich in vermehrter Arbeitslosigkeit verbunden mit Mangel an Vertrauen der Arbeitgeber gegenüber den Arbeitern infolge des vorjährigen Streikes. Sonach liege allerdings eine bedauerliche Zunahme der Arbeitslosen vor, jedoch kein außergewöhnlicher Nothstand, die Zahl der Arbeitslosen ist vielmehr in den sozialdemokratischen Versammlungen und Zeitungen ungemessen übertrieben worden.

Das Wolff'sche Bureau nimmt von einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ Notiz, der zufolge in dem benachbarten Orte Friedrichshagen ein dort logirender Russe Frisca unter dem Verdacht der Theilnahme an der Ermordung des russischen Generals Seliverskoff verhaftet worden sei.

Hamburg, 4. März. In einer heute abgehaltenen Versammlung der Heizer und Trimmer wurde mit großer Mehrheit beschlossen, den Streik aufzugeben. Solche Ausständige, die nicht alsbald zur Arbeit finden, sollen noch 14 Tage lang unterstützt werden. Die Meldungen mehrerer Blätter gegenüber, daß einige ausländische Filialen der Hamburger Cigarrenfabrik die Arbeit eingestellt hätten, wird dem „Hamburger Korrespondenten“ mitgetheilt, daß in drei inländischen Filialen, in Herford, Minden und Rehme, im Ganzen 122 Arbeiter sich mit den Hamburger Arbeitern solidarisch erklärt hätten. Die Läden seien jedoch größtentheils wieder ausgefüllt und die Zahl der von den Hamburger Fabrikanten im Inlande beschäftigten Arbeiter ist auf Tausende angewachsen.

Weimar, 4. März. Morgen tritt der Landtag des Großherzogthums Sachsen zusammen. Unter den Vorlagen von größerer Bedeutung, die dem Landtag alsbald nach seiner Eröffnung zugehen werden, befindet sich ein Ministerialdekret, daß den Staatsdienern und ständigen Hilfsarbeitern, deren gesamtes Dienstverdienst einschließlich der ständigen Nebenbezüge 2 500 M. nicht übersteigt, für jedes der beiden Jahre 1891 und 1892 eine einmalige Theuerungszulage von 5 Proz. des Baareinkommens gewährt werden soll. Der dazu erforderliche Geldbetrag beläuft sich auf 54 000 M. jährlich. Ein weiteres Ministerialdekret beantragt für die Jahre 1891 und 1892 den Volksschullehrern, die provisorisch angestellt sind, eine einmalige Besoldungszulage von 50 M., den festangestellten Lehrern, soweit sie nicht ein Gehalt von über 2 550 M. beziehen, eine solche von 65 M. zu gewähren. Der dazu vorgelegene Betrag bezieht sich auf 42 000 M. jährlich. Ein drittes Ministerialdekret endlich bezieht sich auf die Entschädigung der durch das Hochwasser im Herbst v. J. angerichteten Schäden. Darnach beantragt die Regierung die Bewilligung einer Summe von 140 000 M.

Davon sind 90 000 M. bestimmt zur Unterstützung an die bedürftigen Eigenthümer zerstörter und beschädigter Gebäude im Saalthal, 5 000 M. desgleichen im Hörjel- und Werrathal, 6 000 M. zur Unterstützung an bedürftige Besitzer beschädigter Handlungsgüter, 10 000 M. zur Wiederherstellung beschädigter Schulhäuser, 9 000 M. zur Unterstützung bedürftiger Gemeinden, 20 000 M. für Vorarbeiten zu einer Regulirung der Hörjel.

Straßburg, 4. März. Im Landesausschuß von Elsaß-Lothringen lag heute der Antrag vor, an Seine Majestät den Kaiser eine Adresse in Bezug auf die Aufhebung oder mildere Handhabung des Paßzwanges zu richten. Unterzeichnet war der Antrag von den Abgeordneten: Dr. Petri, Dr. Günzert, Heusch-Dudrap, Baron Born v. Bulach, Klein, Reinhold, Peterolf, Cam. Schlumberger, Hochapfel, Adam, Bad, Dr. North, Fürst, Nitzenthaler, Reiter, Wehrung, Massing, Fuchs, Sauner, Ruhland, Dittner, Rudolf. In Anbetracht der Dringlichkeit gelangte der Antrag sofort zur Verhandlung. Abg. Winterer erklärte, er werde weder für noch gegen den Antrag Stellung nehmen, denn er wisse nicht, weshalb die Paßmaßregel wieder eingeführt sei; es sei kein offizielles Dokument darüber vorhanden; also scheine es ihm auch nicht angebracht, daß Elsaß-Lothringen eine offizielle Stellung dazu nehme. Ditsch erklärte, Elsaß-Lothringen habe keinen Anlaß zu der getroffenen Maßregel gegeben und deshalb erscheine es ihm auch nicht möglich, daß es etwas zur Rücknahme derselben thun könne. Ein Einspruch gegen den Antrag wurde nach der Frage des Präsidenten: „Erhebt sich irgend ein Widerspruch gegen den Antrag?“ jedoch nicht erhoben; auch Winterer und Ditsch schwiegen, so daß der Antrag für einstimmig angenommen gilt. Der Antrag lautete:

„Der Landesausschuß wolle beschließen, folgende Adresse an Seine Majestät den Kaiser zu richten: „Allerdurchlauchtigster, großmächtigster König! Allergnädigster Kaiser, König und Herr! Eure Majestät wollen dem versammelten Landesausschuß huldreichst gestatten, Allerhöchstdemselben folgende Bitte eifrigst zu unterbreiten. Aus Anlaß der in jüngster Zeit im Auslande stattgehabten Vorgänge hat die Reichsregierung eine scharfe Handhabung der im Mai 1888 getroffenen Vorschriften über den Paßzwang verordnet, unter denen das Reichsland zwei Jahre hindurch gelitten hat und nun von neuem leiden soll. Eurer Majestät versichern wir, die berufenen Vertreter der Elsaß-Lothringischen Bevölkerung, daß wir treu auf dem Boden des Gesetzes und der bestehenden Verhältnisse beharren, jede Einmischung seitens fremder, dazu nicht berechtigter Elemente auf das Entschiedenste zurückweisen und daß keine aus dem Auslande kommende Agitation je geeignet sein wird, diese Gesinnung zu erschüttern. Im Vertrauen auf das Wohlwollen, welches Eurer Majestät dem Reichslande stets zu Theil werden ließen, bitten wir unterthänigst, die nicht gegen die Elsaß-Lothringische Bevölkerung gerichtete, aber dieselbe treffende Paßmaßregel aufzuheben, wenn dies aber Eurer Majestät Rathschluß unthunlich erscheinen sollte, eine milde Ausföhrung dieser Maßregel verordnen zu wollen. Der Landesausschuß von Elsaß-Lothringen.“

Österreich-Ungarn

Wien, 4. März. Heute wählten die Städte Böhmens zum Reichsrathe und die Ankündigung des „Fremdenblattes“, diese Wahlen würden „den Triumph des Junggeheimnisses endgiltig festsetzen“, ist in Erfüllung gegangen. So weit das Ergebnis bis jetzt bekannt ist, haben die Junggeheimnisse den Altgeheimnissen sechs Mandate abgenommen. Die Deutschliberalen behaupteten ihren Bestand und gewannen noch ein bisher im Besitz der Deutschnationalen befindliches Mandat. Aehnlich ist das Wahlergebnis in Mähren. Auch dort haben die Deutschliberalen sämtliche Positionen behauptet; die Deutschnationalen blieben in der Minorität. Zu den 6 Städten, aus denen das Ergebnis vorliegt, wurden 4 Deutschliberale und 2 Altgeheimnisse gewählt. In Salzburg wurden 2 Liberale gewählt. In der Bukowina eroberten die Deutschliberalen den Bezirk Suczawa zurück. Das „Fremdenblatt“ bemerkt zu dem Zusammenbruch der altgeheimnischen Reichsrathspartei: „Das politische Schwergewicht liegt in der Schwächung des Altgeheimnisses, in der Dezimierung desjenigen Klubs, welcher zu den einflussreichsten des Hauses gehört hat. Und dies ist einfach damit zu erklären, daß sich diese Veränderung in der Sphäre der bisher herrschenden Majorität vollzieht und schon vollzogen hat und jede Verschiebung auf dieser Seite die bisher maßgebende parlamentarische Organisation sprengt. Bevor von der Geltung und dem Einflusse anderer Parteien gesprochen werden kann, muß ja die Klarheit über das Schicksal und die Gestaltung jenes Parteiverbandes gewonnen werden, der bisher dem Parlamente seinen Willen und seinen Geist aufgedrückt hatte. In dieser Richtung vollzieht sich nun die Klärung mit einer erschreckenden Deutlichkeit und Raschheit. Ein Pfeiler der bisherigen Majorität ist bereits durch die Wahlen der Landgemeinden in's Wanken gebracht. Der morgige Tag (der Artikel ist vor den heutigen, oben gemeldeten Wahlen geschrieben) kann ihn vollends zu Boden werfen. Vielleicht ist es besser, daß es so gekommen ist. Der Radikalismus möge nur voll und ganz triumphiren und sein Banner aufpflanzen. Die Chauvinisten mögen in das neue Haus einströmen. Endlich wird doch die Nothwendigkeit kräftiger Abwehr empfunden werden, und unter dem Zwang des Augenblickes kann manche Annäherung gelingen, welche der freien Wille und die freie Wahl nicht bewirken konnten.“

Italien

Rom, 3. März. Ueber die Persönlichkeiten der neuen Unterstaatssekretäre liegen folgende Mittheilungen vor: Das Kabinett hat mit den in den letzten Tagen neuernannten Unterstaatssekretären unzweifelhaft eine Reihe von schätzenswerthen Mitarbeitern gewonnen. Der neue Unterstaatssekretär im Justizministerium, Della Rocca, ein Mann von 52 Jahren, hat bereits Gelegenheit gehabt, sich auf demselben Posten und als Generalsekretär im Ministerium des Innern trefflich zu bewähren. Ehemals ein Intimus Herrn Crispi's, dessen Generalsekretär im

Ministerium des Innern er zweimal war, entzweite er sich später mit ihm und machte ihm häufig Opposition. Dem Parlament gehört er seit zwanzig Jahren an. Er ist einer der angesehensten Advokaten von Neapel und gilt im Justizfache als eine Autorität. Der neue Unterstaatssekretär im Ministerium für öffentliche Arbeiten, Herr Buttini, ein treuer Vertreter der subalpinen Demokratie, zählt zu den fleißigsten Mitgliedern der Kammer, welcher er seit 1882 angehört, und bewährte sich in den verschiedensten Kammerkommissionen, namentlich in der Kommission für die Eisenbahnkonventionen und in der Budgetkommission. Herr Salandra, der neue Unterstaatssekretär im Finanzministerium, ist Advokat und liebt an der Universität in Rom über Verwaltungswissenschaft. Er ist ein Mann von anerkannter Tüchtigkeit und galt während der Kabinettskrise im Jahre 1888 als Kandidat für das Unterstaatssekretariat im Unterrichtsministerium. Er war wiederholt Mitglied der Budgetkommission und anderer Kommissionen. Der neue Unterstaatssekretär im Staatskassenministerium, Herr Frola, vertritt in dem neuen Kabinett das piemontesische Element. Seiner Parteirichtung nach gehörte er zur Linken, ohne gerade ein begeisterter Anhänger Crispi's gewesen zu sein. Auf finanziellen Gebiet hat er sich insbesondere durch seinen Bericht über den Gesetzentwurf Bert's, betreffend die Neuordnung des Bankwesens, die Anerkennung der Sachpreise erworben. Graf Pallù, der neue Unterstaatssekretär im Unterrichtsministerium, ist einer der bedeutendsten Gelehrten der Kammer. Ehemals ein ausgezeichneter Kavallerieoffizier, hat er sich später durch schriftstellerische Arbeiten, insbesondere durch mehrere Dramen, die er unter dem Pseudonym Leo di Castellnuovo veröffentlichte, einen Namen gemacht. In die Kammer hat ihn Verona durch fünf Legislaturperioden entsendet. Der neue Unterstaatssekretär im Ministerium der Posten und Telegraphen, Herr Pascolato, ein noch junger Mann, vertritt in der Kammer Belluno. Er ist ein gewandter und feiner Redner. Wenn auch der eine oder andere der neuen Unterstaatssekretäre seinen Beruf für die ihm zugewiesene Stellung erst zu erweisen haben wird, so darf doch schon heute behauptet werden, daß die getroffene Wahl bei der Wehrzahl dieser Staatsbeamten eine glückliche war.

Frankreich

Paris, 4. März. Die Kammer genehmigte gestern die Art. 1-3 der Vorlage über die Besteuerung des Zuckers mit einem Zusatzartikel des Deputierten Grauz, nach welchem etwaige Abänderungen erst ein Jahr nach der Einführung des gegenwärtigen Gesetzes in Kraft treten können. Von den Kommissionen der Kammer hat diejenige für die Einführung der französischen Rechtspflege in Madagaskar die betreffende Vorlage genehmigt, nachdem der Minister des Aeußern erklärt hatte, die Errichtung französischer Gerichtshöfe sei eine Folge der Schutzherrschaft. Die Budgetkommission faßte über den Antrag Meline auf Vergütung der Schäden, die den Landwirthen durch den Frost zugefügt worden sind, Beschluß. Sie entschied, der Steuernachschuß solle bei der Grundsteuer erfolgen, die bis zu 30 Franken geht, und nur dem wirklichen Landmann zu Gute kommen. — Der Minister des Innern, Herr Constans, hat bekanntlich den Kenngeheimpflicht des Sinebdepartements die Mittheilung zugehen lassen, daß jede Art von Wetten bei den Rennen vom 8. März an verboten sei. Dieses Verbot der Wetten auf den Rennplätzen erregt in der Pariser Presse mehrlach Widerspruch. Am heftigsten wird der Minister vom „Figaro“ angegriffen. Dieses Blatt hebt an leitender Stelle hervor, nachdem Constans sich in der „Thermidor“-Angelegenheit kläglich benommen habe und noch kläglich gegenüber der Patriotenliga, die jetzt sogar Medaillen und Zeugnisse für Wüthertugend austheilt, bringe er nun die hauptstädtische Bevölkerung gegen sich auf, indem er in der Angelegenheit der Wetten auf den Rennplätzen den Tugendhaften spiele. Nicht nur in der parlamentarischen Welt, sondern auch in der Pariser Bevölkerung beschäftigt man sich augenblicklich auf das Lebhafteste mit dieser Frage der Wetten und es wird dies dadurch begreiflich, daß das Wetten bei den Rennen derartig in die Sitten der Pariser eingedrungen ist, daß hier alle Welt auf den Rennplätzen wettet und spielt. Wenn jedoch in der Presse vielfach die Ansicht vorherrscht, die Frage sei noch nicht endgiltig erledigt, so ist zu bemerken, daß der Minister entschlossen scheint, seine Maßregel aufrecht zu erhalten. „Paris“ theilt mit, der Minister des Innern habe mehreren Deputirten erklärt, er werde auf die Verfügung über das Wetten nicht zurückkommen, jeder Rundgebung auf das Nachdrücklichste entgegenzutreten und nöthigenfalls die Rennen ganz verbieten. Die hier zuletzt angekündigte Maßregel könnte freilich für Herrn Constans selbst gefährlich werden.

Portugal

Lissabon, 4. März. Die portugiesischen Cortes sind heute wieder zusammengetreten. Die Tagung wurde heute in gemeinsamer Sitzung beider Kammern im Sitzungssaale der Deputirtenkammer unter dem Vorsitz des Präsidenten der Pairskammer eröffnet. Nach der Verlesung des Einberufungsdekrets wurde die Sitzung aufgehoben.

Großbritannien

London, 5. März. (Tel.) Bei dem Festmahl der vereinigten Handelskammern hielt gestern der Premierminister Lord Salisbury eine Ansprache. Er hob in derselben mit lebhafter Befriedigung die Thatfache hervor, daß der Handel wieder im Aufschwunge begriffen ist. Zwei schwarze Punkte seien allerdings am Horizonte der handelspolitischen Welt vorhanden: die schutzöllnerischen Bestrebungen in Frankreich und in Amerika. England sei jedoch fest entschlossen, die Handelspolitik des Auslandes nicht durch eine Aenderung seiner eigenen Handelspolitik zu beeinflussen. Auf die Arbeiterfrage übergehend, sagte der Ministerpräsident, die Regierung erachte es für ihre Pflicht, in den Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern Neutralität zu bewahren, aber die Freiheit der Arbeit zu schützen. Lord Salisbury sprach sich entschieden gegen eine Beschränkung der Arbeitszeit aus; sollte das Parlament die Arbeitszeit der erwachsenen Personen beschränken, so

würde England seine industrielle Ueberlegenheit einbüßen. — Die Exekutive des „Vaterlandes der Hafengewerksvereine“ in London befahl den auf dem Lande beschäftigten Vereinen, zur Arbeit zurückzukehren.

Rußland

St. Petersburg, 3. März. In Betreff der sibirischen Eisenbahn wird der „Pol. Korr.“ aus Petersburg berichtet: Der Ministerrath hat dieser Tage damit begonnen, das bereits im Prinzipie angenommene Projekt einer sibirischen Eisenbahn auch in den Einzelheiten der Ausführung, also in Bezug auf die Wahl der Strecken und die Beschaffung der Geldmittel für den Bau durchzuberathen. Ihr Korrespondent hat in Erfahrung gebracht, man sei zu dem Entschlusse gelangt, daß zunächst unmittelbar an den Bau der Strecke von Wladivostok an den Ussuri geschritten werden solle, ferner, daß die Linie von Blatoust bis in die Gegend von Tscheliaba verlängert und auf der Strecke zwischen Tscheliaba und Tomsk mit den Vorarbeiten begonnen werden solle. Der Bau der Linie Blatoust soll, wie man hört, dem Ingenieur Michailowski, der vom Ussuri dem Ingenieur Urfati übergeben werden. Die letztgenannte Linie wird eine Ausdehnung von 500 km haben. Nachdem nun die Intentionen der Regierung bezüglich dieser sibirischen Eisenbahn — die, wie bemerkt werden muß, aus Staatsmitteln gebaut werden soll — bekannt sind, wird auch die Ausführung des Projekts in einer Weise vor sich gehen, die der Bedeutung einer solchen Hauptverkehrsline zukommt. Die Bahn wird mit breitspurigen Gleisen versehen sein, die Brücken und anderen Bauten werden in solidester Weise und mit Anwendung aller neuesten Erfindungen auf dem Gebiete der Technik gebaut werden. Das rollende Material beabsichtigt man nach einem Systeme anzufertigen, das die größtmögliche Leichtigkeit gestattet. Allem Anscheine nach wird für den Anfang der Betrieb auf dieser Bahn in der Weise beschränkt sein, daß täglich nur ein Post- und Personenzug verkehrt und daß die Lastzüge unregelmäßig, je nach Bedürfniß und der Menge der an den wichtigsten Stationen der Bahn lagernden Waaren abgelassen werden, damit aus dem Betriebe nicht gleich von allem Anfang an übermäßige Kosten erwachsen.

Amerika

Washington, 5. März. (Tel.) Anlässlich des Schlußes der Repräsentantenkammer weigerten die Demokraten sich, den Antrag, durch welchen dem Sprecher der Dant des Hauses für seine Geschäftsleitung übermittelt werden sollte, anzunehmen. Die Resolution wurde daher nur von einem Theile der Versammlung angenommen. Dar-nach erklärte der Sprecher die Session für verlag. — Aus den letzten parlamentarischen Verhandlungen ist hervorzuheben, daß der Senat beschlossen hat, die Brüsseler Konvention über die Unterdrückung des Sklavenhandels abzulehnen, da man befürchtete, daß private Handelsunternehmungen geschädigt werden könnten. Der Präsident Harrison unterzeichnete sämtliche Vorlagen, die sich auf die regelmäßigen jährlichen Geldbewilligungen beziehen, und das neue Gesetz über das Urgericht. — In Bezug auf die Vorgänge in Chile liegt heute aus Rosario folgende Meldung vor: „Die hiesige Nitratgesellschaft erhielt ein vom 26. Februar datirtes Telegramm ihres Agenten in Iquique, welches besagt, daß Iquique sich seit dem 16. Februar in den Händen der Kongresspartei befinde; die Regierungstruppen hätten die Stadt am 19. Februar erfolglos angegriffen. Fünf Häuser gebrannt, insbesondere infolge des Bombardements, niedergebrannt, die Nitratproduktion sei in fast allen Werkstätten wegen Mangels an Nahrungsmitteln eingestellt. — In der Republik Uruguay hat sich ein Kabinettswechsel vollzogen. Nachdem das bisherige Ministerium seine Entlassung gegeben hatte, ist ein Versöhnungsministerium in folgender Zusammenetzung gebildet worden: Generalkapitän Perez Zinneres, Manuel Herrero y Espinosa Auleres, Carlos Maria Ramirez, Finanzen, Jose Maria Castellanos öffentliche Arbeiten und Handel, General Callorda Krieg und Marine.“

Zeitungskritiken

Zu den Auslassungen des Reichskanzlers über die Sozialdemokratie gibt die „Magdeburger Zeitung“ folgenden Kommentar: „Wir haben schon bemerkt, daß aus der parlamentarischen Situation heraus das Ansehen des Reichskanzlers, wie sie in der Rede des Herrn Reichskanzlers wider-sprachen, nicht ganz begrifflich war, denn die Annahme der Prämien konnte nach dem Antrage Hammachers und Windthorst als gesichert angesehen werden. So bleibt zur Erklärung für die Rede nur übrig, daß es in der Absicht der Regierung gelegen hat, die irreführenden Mittheilungen, als ob die Regierung in der sozialistischen Bewegung eine Gefahr nicht mehr erblicke, ob-gar zu schwächlichen Zugeständnissen geneigt sei, in unzweideutiger Weise zurückzuweisen, und ganz in demselben Sinne ist vor einigen Tagen bei der Beratung der Gewerbeordnungsnovelle Herr v. Berlepsch bereits gegen den Abgeordneten Wibel aufgetreten. Es wird niemand mehr im Zweifel darüber sein können, daß an ein Valtiren mit der Sozialdemokratie nicht gedacht worden ist und nicht gedacht wird. Die Regierung erfüllt, was sie von den Wünschen der Arbeiter als berechtigt anerkannt hat, aber sie ist zugleich fest entschlossen, alle darüber hinausgehenden Forderungen mit unmaßhätlicher Strenge zurückzuweisen.“

Angesichts der kurzfristigen Angriffe, die in Italien der Dreibund neuerdings erfahren hat, erinnert ein Artikel der „Nat.“ an die Verhältnisse, unter deren Druck Italien sich dem deutsch-österreichischen Bündnis angeschlossen. Die Befestigung von Tunis durch die Franzosen erregte jenen Sturm des Unwillens in der italienischen Nation, der zu dem Anschluß an das deutsch-österreichische Bündnis führte. Es war viel weniger ein Akt der Staatsklugheit, als ein Akt der Selbsterhaltung. Noch kann Italien aus eigener Kraft heraus unter den vier großen Weltmächten Europa's seine entscheidende Rolle spielen. Seine Bevölkerung ist zu gering, sein Volkswohlstand noch nicht entwickelt

Todesanzeige.
R. 462. Karlsruhe. Schmerzhaft geben wir Freunden und Bekannten die Trauernachricht, daß unsere liebe Gattin, Mutter, Großmutter, Schwester, Schwiegermutter,
Julie Bechert, geb. Ernst,
am 4. d. M., Abends 9 Uhr, ganz unerwartet an einem Herzschlage verschieden ist.
Karlsruhe, den 5. März 1891.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:
Peter Bechert,
Anna Haas, geb. Bechert,
Emil Bechert, Ministerialrath,
Karl Haas, Geh. Referendar,
Mathilde Bechert, geb. Hiller.

Todesanzeige.
R. 468. Karlsruhe. Tief erschüttert zeigen wir unsern Freunden und Bekannten an, daß unser lieber Gatte, Vater, Bruder, Schwiegerjohn und Schwager
Emil Neumann,
Großherzogl. Finanzrath,
im Alter von 55 Jahren in Folge eines Herzschlages heute früh gestorben ist.
Dies statt jeder besonderen Anzeige.
Karlsruhe, den 5. März 1891.

Namens der Hinterbliebenen:
Marie Neumann, geb. Faller.
Geop. Neumann, Anwalt.
Die Beerdigung findet Samstag den 7. d. vom Trauerhause aus, Amalienstraße 36, statt.

Großherzoglich Badische Technische Hochschule zu Karlsruhe.

Das Sommersemester beginnt am 15. April.
Die Eintritts-Anmeldungen werden vom gleichen Tage ab entgegen genommen. Das Programm, welches die Aufnahmebedingungen, das Verzeichnis der Vorlesungen und die Studienpläne der einzelnen Fachabteilungen enthält, kann von uns direkt, sowie durch den Buchhandel bezogen werden.
Die Direction.
Schroder. R. 472.

Badische Militär-Versicherungs-Anstalt
in Karlsruhe.
Samstag den 21. März 1891, Vormittags 11 Uhr,
fünfzehnte ordentliche Generalversammlung
im Lokale der Anstalt, Amalienstraße 91.
Die Tagesordnung umfaßt die in § 14 der Statuten bezeichneten Punkte. Die Mitglieder der Anstalt werden unter Hinweisung auf § 9 der Statuten zur Theilnahme freundlichst eingeladen.
Karlsruhe, den 4. März 1891. R. 463.
Der Verwaltungsrath.

Mittwoch den 11. März, Abends 7 Uhr,
im grossen Saale des Museums
CONCERT
von
Florian Zajic,
Grossh. Badischer Kammervirtuos aus Hamburg,
unter gefälliger Mitwirkung des Pianisten Herrn Fritz Blumer,
Lehrer am Conservatorium in Strassburg.
Billetverkauf in der Musikalienhandlung von Fr. Doert, Lammstrasse 12 und Abends an der Kasse.
Preise der Plätze: Saal reservirt I. Abtheilung 3 M., II. Abtheilung 2 M., nichtreservirt 1.50 M. Galerie reservirt 1.50 M., nichtreservirt 1 M.

Badische Maschinenfabrik und Eisengießerei
vorm. G. Fehold u. Fehold & Hess
Durlach (Baden).
Bei der heute gemäß § 6 der Bestimmungen unter Aufsicht eines Großh. Notars stattgehabten 1. Verlosung unserer 4 1/2 % Partial-Obligationen wurden folgende Nummern gezogen:
Nr. 8, 15, 77, 212, 631, 641 und 685.
Wir kündigen Ihnen hiermit diese Obligationen zur Rückzahlung an pari gemäß § 4 der Bestimmungen zum 1. Juni d. J. und fordern die Inhaber derselben auf, die Stücke mit den dazu gehörigen Talons und noch nicht fälligen Rinscoupons zur Empfangnahme des Nominalbetrages von M. 500 per Stück vom genannten Tage an bei:
1. der Deutschen Unionbank Mannheim,
2. der Deutschen Unionbank Frankfurt a. M.,
3. dem Bankhause Veit & Somburger, Karlsruhe,
4. dem Bankhause Karl August Schneider, Karlsruhe und
5. der Gesellschafts-Kasse in Durlach einzureichen.
Die Verzinsung der ausgelassenen Stücke hört mit dem 1. Juni 1891 auf.
Für etwa fehlende, später verkaufte Rinscoupons wird der entsprechende Betrag vom Kapital in Abzug gebracht.
Durlach, den 2. März 1891.
Die Direction. R. 459.

Bekanntmachung.
Die Stelle des zweiten Gehilfen bei unserem Stadtrentamt mit einem Anfangsgehalt von 1400 Mark und 50 Mark Aversum für Kasseneinbußen ist durch die Beförderung des bisherigen Inhabers frei geworden und soll alsbald wieder besetzt werden.
Im Kassen- und Rechnungswesen bewanderte und solche Bewerber, welche schon im direkten Steuerwesen mit Erfolg thätig waren, auch eine mögliche Kautions zu stellen vermögen, werden bevorzugt.
Die Bewerbungen sind binnen 14 Tagen unter Anschluß der Zeugnisse anzuzeigen.
Konstanz, den 26. Februar 1891.
Der Stadtrath.
Weber. R. 458.1.

Zu verkaufen:
Regierungsblätter für das Großherzogthum Baden von den Jahren 1808 bis 1866 (inclusive) mit Real- oder Generallexikon zusammen in 28 noch gut erhaltenen Bänden. Wo? zu erfragen in der Erpd. d. Vl. R. 312.2.
Annalen der bad. Gerichte zu verkaufen,
d. 22. Jg. 1869-1890 Bd. 35 56 gut gebunden, vortügl. erhalten, fester Preis 88 M. E. Metter, Buchhandlung in Mannheim. R. 431.3.

Bürgerliche Rechtspflege.

Konkursverfahren.
R. 460. Nr. 7162. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Metzgers Karl Maier in Karlsruhe wurde, da eine den Kosten des Verfahrens entsprechende Konkursmasse nicht vorhanden ist, durch rechtskräftigen Beschluß des Großh. Amtsgerichts Karlsruhe vom 29. Januar 1891, Nr. 3197, wieder eingestellt.
Karlsruhe, den 3. März 1891.
Wirth,
Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts.

Vermögensabsonderungen.
R. 455. Nr. 2632. Freiburg. Die Ehefrau des Schmieds Andreas Roster, Christine, geb. Häbler in Otterschwanden, hat gegen ihren Ehemann Klage auf Vermögensabsonderung bei der III. Civilkammer des Gr. Landgerichts Freiburg erhoben und ist der Termin zur Verhandlung dieser Klage auf
Freitag den 17. April d. J.,
Vormittags 8 1/2 Uhr,
bestimmt.
Freiburg, den 3. März 1891.
Der Gerichtsschreiber
des Großh. bad. Landgerichts:
Aberle.

R. 456. Nr. 2655. Freiburg. Die Ehefrau des Handelsmanns Moses Kassewig, Frieda, geborene Günzburger in Schmieheim, hat gegen ihren Ehemann Klage auf Vermögensabsonderung bei der III. Civilkammer des Gr. Landgerichts Freiburg erhoben und ist der Termin zur Verhandlung dieser Klage auf
Freitag den 17. April d. J.,
Vormittags 8 1/2 Uhr,
bestimmt.
Freiburg, den 3. März 1891.
Der Gerichtsschreiber
des Großh. bad. Landgerichts:
Aberle.

R. 450. Nr. 1407. Offenburg. Die Ehefrau des Josef Erhardt, Maria Anna, geb. Ebert in Niederorschheim, wurde durch Urtheil der Civilkammer I. dahier unterm heutigen für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von dem ihres Ehemannes abzulassen.
Dies wird zur Kenntniß der Gläubiger gebracht.
Offenburg, den 28. Februar 1891.
Die Gerichtsschreiberei
des Großh. bad. Landgerichts:
L. b. m. a.

R. 466. Mannheim. Durch Urtheil des Großh. Amtsgerichts III. hier selbst vom 27. d. M. wurde die Ehefrau des im Konkurs befindlichen Wirths Friedrich Hoffart, Katharina, geborene Gannholz in Mannheim, für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von demjenigen ihres Ehemannes abzulassen.
Mannheim, den 28. Februar 1891.
Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts:
Galm.

Verfallensverfahren.
R. 457.1. Nr. 5096. Waldshut. Das Großh. Amtsgericht Waldshut hat unterm heutigen folgenden
Vorbescheid
erlassen:

Die am 26. Juli 1834 zu Birndorf geborene Anna Maria Belte, spätere Ehefrau des Thomas Gartner in New-York, wird seit dem Jahre 1880 vermählt. Es ist beantragt, dieselbe für verfallenen zu erklären, weshalb sie hiermit aufgefordert wird,
binnen Jahresfrist
Nachricht von sich hierher gelangen zu lassen. Ebenso wollen alle diejenigen Personen, welche über Leben oder Tod der Vermählten Auskunft geben können, dem Amtsgerichte hiervon binnen der angelegten Frist Anzeige erstatten.
Waldshut, den 27. Februar 1891.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Mohr.

R. 361.2. Nr. 4875. Waldshut. Das Großh. Amtsgericht zu Waldshut hat unterm heutigen folgenden
Vorbescheid
erlassen:
Der am 23. Oktober 1826 in Alb geborene und zuletzt daselbst wohnhafte Jakob Keller wird seit 40 Jahren vermählt, und es ist beantragt, denselben für verfallenen zu erklären. Derselbe wird hiermit aufgefordert,
binnen Jahresfrist
Nachricht von sich hierher gelangen zu lassen; ebenso werden alle diejenigen, welche Auskunft über Leben oder Tod des Vermählten geben können, aufgefordert, hiervon binnen derselben Frist dem Amtsgerichte hier Anzeige zu erstatten.
Waldshut, den 20. Februar 1891.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Mohr.

Erbeinweisungen.
R. 461.1. Nr. 3184. Karlsruhe. Jakob Westenfelder II., Landwirth von Leopoldshafen, hat den Antrag gestellt auf Einsetzung in die Gewalt des Nachlasses seiner am 31. März 1890 verstorbenen Ehefrau, Elisabetha, geb. Trittel.
Einwendungen können binnen vier Wochen geltend gemacht werden.
Karlsruhe, den 3. März 1891.
Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts:
Hübmann.

R. 362.2. Nr. 9403. Heidelberg. Die Witwe des Landwirths Georg Ludwig Gottlieb von Bammenshal, Eva Katharina, geb. Biegler, hat um Einweisung in Besitz und Gewahr der Verlassenschaft ihres verstorbenen Ehemannes nachgesucht.
Dem Gesuch wird entsprochen, wenn nicht innerhalb 4 Wochen Einwendungen dagegen erhoben werden.
Heidelberg, den 28. Februar 1891.
Großh. bad. Amtsgericht.
gez. Engelberth.
Dies veröffentlicht
Der Gerichtsschreiber:
Braungart.

R. 372.2. Nr. 2228. Achern. Die Witwe des Maurers August Feig, Johanna, geb. Glaser in Achern, hat die Einweisung in die Gewalt des Nachlasses ihres Ehemannes nachgesucht. Diefem Gesuche wird stattgegeben, wenn nicht binnen vier Wochen Einsprache dagegen erhoben wird.
Achern, den 24. Februar 1891.
Großh. bad. Amtsgericht.
Burger.

R. 418.2. Nr. 2121. Engen. Die Witwe des Thomas Bösch, Maurer in Bittelbrunn, Victoria, geb. König, hat um Einweisung in Besitz und Gewahr des Nachlasses ihres Ehemannes nachgesucht. Diefem Gesuche wird entsprochen, wenn nicht binnen 6 Wochen Einsprache dagegen erhoben wird.
Engen, den 21. Februar 1891.
Großh. bad. Amtsgericht.
Werkel.

R. 417.2. Nr. 2514. Engen. Die Witwe des Berthold Vana, Buchbinder in Wöhringen, Maria, geb. Schellhammer, hat um Einweisung in Besitz und Gewahr des Nachlasses ihres Ehemannes nachgesucht. Diefem Gesuche wird entsprochen, wenn nicht binnen 6 Wochen hiergegen die Einsprache erhoben wird.
Engen, den 23. Februar 1891.
Großh. bad. Amtsgericht.
Werkel.

R. 414.2. Vörrach. Das Großh. Amtsgericht Vörrach hat verfügt:
Beim nunmehrigen Ablauf der mit diefem Beschlusse vom 6. Januar 1891, Nr. 197, zur Vorbringung von Einwendungen gesetzten Frist wird die Witwe des Landwirths Wilhelm Wirtlich, Maria Magdalena, geb. Fein in Rieden, in Besitz und Gewahr des Nachlasses ihres genannten verstorbenen Ehemannes eingewiesen.
Vörrach, den 27. Februar 1891.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Appel.

R. 413.2. Vörrach. Das Großh. Amtsgericht Vörrach hat verfügt:
Beim nunmehrigen Ablauf der mit diefem Beschlusse vom 22. Januar 1891, Nr. 1538, zur Vorbringung von Einwendungen gesetzten Frist wird die Witwe des Landwirths Johann Grether, Maria Katharina, geb. Schöpslin in Haeberberg, in Besitz und Gewahr des Nachlasses ihres genannten verstorbenen Ehemannes eingewiesen.
Vörrach, den 27. Februar 1891.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Appel.

Definitive Aufforderung.
R. 366. Endingen. Augustin Joseph von Forchheim, geboren am 9. September 1840, wird aufgefordert, binnen vier Wochen beifolgende Verzicht auf den Nachlassverhandlungen auf Abscheu seiner Mutter Lukas Joseph Wölber, Katharine, geb. Joller von Forchheim, Nachricht anher gelangen zu lassen.
Endingen, den 28. Februar 1891.
Der einwirk. Notar:
Eicheler.

Erboverteilung.
R. 452. Laub. Simon und Ferdinand Burgmaier von Sulz, Beide unbekanntes Aufenthalts, welche am Nachlass der Steinbauer Karl Burgmaier Witwe, Karoline, geborene Fehle von Sulz, ihrer Mutter, gesetzlich erbberechtigt sind, werden aufgefordert, binnen
zwei Monaten
zum Zweck des Verzichtes auf den Verlassenschaftsverhandlungen Nachricht von sich anher gelangen zu lassen.
Laub, den 3. März 1891.
Großh. bad. Notar.
A. Meyer.

Handelsregistererträge.
R. 408. Nr. 2339. Eppingen. Zu D. 3. 125 des Handelsregisters, betr. die Firma G. F. Kähler in Mühlbach, wurde eingetragen:
Verfallung vom heutigen Nr. 2339: Die Firma ist erloschen.
Eppingen, den 28. Februar 1891.
Großh. bad. Amtsgericht.
Kugler.

R. 436. Nr. 3065. Mühlheim. Zu Nr. 13 des Genossenschaftsregisters - Landwirthschaftlicher Contumereverein August e. G. mit unbeschränkter Haftpflicht - wurde heute eingetragen:
In der Generalversammlung vom 11. v. M. wurde Herr Adolf Krosst in Angen wiederum in den Vorstand und zugleich zum Stellvertreter des Directors gewählt.
Mühlheim, 2. März 1891.
Großh. bad. Amtsgericht.
Bublinger.

Berm. Bekanntmachungen.
R. 467. Tauberhofsheim.
Bekanntmachung.
Zur Fortführung der Vermessungswerte und der Lagerbücher nachfolgender Gemarkungen in im Einvernehmen mit den Gemeindevorständen der beteiligten Gemeinden Tagfahrt jenseits auf dem Rathhause der betref. Gemeinde anberaumt, für die Gemarkung:
1. **Neppau**, Dienstag, 17. März, Vormittags 8 Uhr;
2. **Krautheim**, Mittwoch den 18. März, Vormittags 8 Uhr;

R. 412.2. Vörrach. Das Großh. Amtsgericht Vörrach hat verfügt:
Beim nunmehrigen Ablauf der mit diefem Beschlusse vom 6. Januar 1891, Nr. 197, zur Vorbringung von Einwendungen gesetzten Frist wird die Witwe des Landwirths Wilhelm Wirtlich, Maria Magdalena, geb. Fein in Rieden, in Besitz und Gewahr des Nachlasses ihres genannten verstorbenen Ehemannes eingewiesen.
Vörrach, den 27. Februar 1891.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Appel.

Definitive Aufforderung.
R. 366. Endingen. Augustin Joseph von Forchheim, geboren am 9. September 1840, wird aufgefordert, binnen vier Wochen beifolgende Verzicht auf den Nachlassverhandlungen auf Abscheu seiner Mutter Lukas Joseph Wölber, Katharine, geb. Joller von Forchheim, Nachricht anher gelangen zu lassen.
Endingen, den 28. Februar 1891.
Der einwirk. Notar:
Eicheler.

Erboverteilung.
R. 452. Laub. Simon und Ferdinand Burgmaier von Sulz, Beide unbekanntes Aufenthalts, welche am Nachlass der Steinbauer Karl Burgmaier Witwe, Karoline, geborene Fehle von Sulz, ihrer Mutter, gesetzlich erbberechtigt sind, werden aufgefordert, binnen
zwei Monaten
zum Zweck des Verzichtes auf den Verlassenschaftsverhandlungen Nachricht von sich anher gelangen zu lassen.
Laub, den 3. März 1891.
Großh. bad. Notar.
A. Meyer.

Handelsregistererträge.
R. 408. Nr. 2339. Eppingen. Zu D. 3. 125 des Handelsregisters, betr. die Firma G. F. Kähler in Mühlbach, wurde eingetragen:
Verfallung vom heutigen Nr. 2339: Die Firma ist erloschen.
Eppingen, den 28. Februar 1891.
Großh. bad. Amtsgericht.
Kugler.

R. 436. Nr. 3065. Mühlheim. Zu Nr. 13 des Genossenschaftsregisters - Landwirthschaftlicher Contumereverein August e. G. mit unbeschränkter Haftpflicht - wurde heute eingetragen:
In der Generalversammlung vom 11. v. M. wurde Herr Adolf Krosst in Angen wiederum in den Vorstand und zugleich zum Stellvertreter des Directors gewählt.
Mühlheim, 2. März 1891.
Großh. bad. Amtsgericht.
Bublinger.

Berm. Bekanntmachungen.
R. 467. Tauberhofsheim.
Bekanntmachung.
Zur Fortführung der Vermessungswerte und der Lagerbücher nachfolgender Gemarkungen in im Einvernehmen mit den Gemeindevorständen der beteiligten Gemeinden Tagfahrt jenseits auf dem Rathhause der betref. Gemeinde anberaumt, für die Gemarkung:
1. **Neppau**, Dienstag, 17. März, Vormittags 8 Uhr;
2. **Krautheim**, Mittwoch den 18. März, Vormittags 8 Uhr;

R. 412.2. Vörrach. Das Großh. Amtsgericht Vörrach hat verfügt:
Beim nunmehrigen Ablauf der mit diefem Beschlusse vom 6. Januar 1891, Nr. 197, zur Vorbringung von Einwendungen gesetzten Frist wird die Witwe des Landwirths Wilhelm Wirtlich, Maria Magdalena, geb. Fein in Rieden, in Besitz und Gewahr des Nachlasses ihres genannten verstorbenen Ehemannes eingewiesen.
Vörrach, den 27. Februar 1891.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Appel.

Definitive Aufforderung.
R. 366. Endingen. Augustin Joseph von Forchheim, geboren am 9. September 1840, wird aufgefordert, binnen vier Wochen beifolgende Verzicht auf den Nachlassverhandlungen auf Abscheu seiner Mutter Lukas Joseph Wölber, Katharine, geb. Joller von Forchheim, Nachricht anher gelangen zu lassen.
Endingen, den 28. Februar 1891.
Der einwirk. Notar:
Eicheler.

Erboverteilung.
R. 452. Laub. Simon und Ferdinand Burgmaier von Sulz, Beide unbekanntes Aufenthalts, welche am Nachlass der Steinbauer Karl Burgmaier Witwe, Karoline, geborene Fehle von Sulz, ihrer Mutter, gesetzlich erbberechtigt sind, werden aufgefordert, binnen
zwei Monaten
zum Zweck des Verzichtes auf den Verlassenschaftsverhandlungen Nachricht von sich anher gelangen zu lassen.
Laub, den 3. März 1891.
Großh. bad. Notar.
A. Meyer.

3. Unterschüpf, Montag den 23. März, Vormittags 8 Uhr.
Die Grundeigentümer werden hier von mit dem Anfügen in Kenntniß gesetzt, daß das Verzeichnis der seit der letzten Fortführung eingetretenen, dem Gemeinderath bekannt gemachten Veränderungen im Grundeigentum während 8 Tagen vor dem Fortführungstermin zur Einsicht der Beteiligten auf dem Rathhause aufgelegt; etwaige Einwendungen gegen die in dem Verzeichnis vorgemerkten Veränderungen in dem Grundeigentum und deren Beurkundung im Lagerbuch sind dem Fortführungsbeamten in der Tagfahrt vorzutragen.
Die Grundeigentümer werden gleichzeitig aufgefordert, die seit der letzten Fortführung in ihrem Grundeigentum eingetretenen, aus dem Grundbuche nicht ersichtlichen Veränderungen dem Fortführungsbeamten in der bezeichneten Tagfahrt anzumelden. Ueber die in der Form der Grundstücke eingetretenen Veränderungen sind die vorgeschriebenen Handriffe und Messungen vor der Tagfahrt bei dem Gemeinderath oder in der Tagfahrt bei dem Fortführungsbeamten abzugeben, widrigenfalls dieselben auf Kosten der Beteiligten von Amtswegen beschafft werden müßten.
Tauberhofsheim, 4. März 1891.
Der Bezirksbeamte:
Münz.

R. 475. Karlsruhe.
Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
Insofern im innern badischen Verkehr zwischen diefseitigen und Stationen der übrigen deutschen Bahnen Ausnahmetarife für Holzwaaren als Frachtgüter in Kraft sind, werden in das Bauregister diefseits der Artikel Sigmundsthal und Sigmundsthaler Bretter, auch gebietet, mit sofortiger Gültigkeit neu aufgenommen.
Karlsruhe, den 4. März 1891.
Generaldirection.

R. 464.1. Nr. 1349. Karlsruhe.
Brückenbau.
Für den Neubau einer Ab- und Kanalbrücke am Kreisweg Nr. 34, Ettlingen-Schöllbrunn, zunächst bei der Oberflutmaße in Ettlingen, werden die Fundamentierungs-, Maurer- und Steinbauarbeiten
Freitag den 20. März d. J.,
Vormittags 10 Uhr,
auf dem Rathhause in Ettlingen in öffentlicher Submission vergeben.
Angebote sind schriftlich, versiegelt und mit entsprechender Aufschrift versehen spätestens zu dem genannten Termin auf dem Rathhause in Ettlingen abzugeben, wofolbst bis dahin die Pläne, der Kostenüberschlag und die Bedingungen zur Einsicht auflegen.
Nähere Auskunft ertheilt Straßenmeister Schumacher in Ettlingen.

Lieferung einer Thurmuhre.
Die Lieferung und Aufstellung einer Thurmuhre nach Brötzingen, Amt Forchheim, soll, höherer Anordnung gemäß, im Wege des öffentlichen Ausschreibens vergeben werden.
Die Bedingungen der Lieferung und die Beschreibung der Uhr können täglich bei der Behörde zur Einsicht aufgelegt sein.
Samstag den 14. März 1891 bei Großh. Bezirksbauinspektion Karlsruhe eingesehen werden.
Die Angebote hierauf sind spätestens
Mittwoch den 18. März 1891,
Abends 6 Uhr,
postmäßig verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen vorfreig bei unterzeichneter Stelle einzureichen. Eine genaue Disposition über das zu liefernde Werk ist dem Angebote beizufügen.
Eine Zuschlagsfrist von 4 Wochen bleibt vorbehalten.
Karlsruhe, den 1. März 1891.
Großh. Bezirksbauinspektion.

Main-Neckar-Bahn.
R. 471. In der Hauptverfäße zu Darmstadt steht eine alte, wegen ungenügender Leistung außer Dienst gestellte Personenzug Lokomotive mit über ohne Tender zu verkaufen. Verkaufsbedingungen liegen in dem Bureau genannter Verfäße zur Einsicht offen, werden auch auf Wunsch gegen Einzahlung von 20 Pfennig in Freimarken kostenfrei überfandt.
Angebote sind längstens bis zum 17. März l. J., Vormittags 10 Uhr, mit der Aufschrift: „Angebot auf Verkauf einer Lokomotive“ vorfreig auf dem Bureau des Unterzeichneten einzureichen.
Darmstadt, den 3. März 1891.
Der Maschinen-Ingenieur
der Main-Neckar-Bahn:
Beder.

R. 454. Nr. 4561. Billingen. Unsere Incipientenstelle bezw. Deficientenstelle mit einem Gehalt von 600 Mark ist auf Mitte Mai zu besetzen. Den Bewerbungen sind die erforderlichen Zeugnisse (fünf Klassen Höhere Bürgerschule) anzuschließen.
Billingen, den 3. März 1891.
Großh. bad. Bezirksamt.
Otto.

Notarsgehilfe gesucht.
R. 416.2. Ich suche einen zuverlässigen, mit den vorerwähnten Arbeiten vertrauten Gehilfen zum sof. Eintritt.
Notar Strübe, Mannheim.
(Mit einer Beilage.)